

Handlungsoptionen



Zivilgesellschaft



In die Offensive kommen!

Was die demokratische Zivilgesellschaft
gegen autoritäre Kräfte tun kann



In die Offensive kommen!

Was die demokratische Zivilgesellschaft gegen autoritäre Kräfte tun kann

Vision 2026. So nennt Ulrich Siegmund, AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, seinen Plan für die Landtagswahl im nächsten September. Die Parallele zu Project 2025 ist unüberhörbar und beabsichtigt. Angeknüpft wird offensiv an den Masterplan der einst konservativen und heute ganz auf Make America Great Again-Linie stehenden Heritage Foundation, mit dem Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit die Kettensäge an demokratische Institutionen anlegt. Siegmunds Vision ist noch eher Buzzword als Programm – seine MAGA-inspirierte Offensive macht jedoch deutlich: Der Anspruch der AfD ist nicht die Fortführung bisheriger demokratischer Gepflogenheiten und Normen, sondern deren Disruption. Und seine Wortwahl zeigt: Die extreme Rechte lernt voneinander.

Der Blick in die USA, woher jeden Tag aufs Neue erschütternde Schlagzeilen kommen, aber auch nach Ungarn, Italien oder Polen, macht klar: Rechtsextreme meinen, was sie sagen und tun es auch – wir dürfen sie weder ignorieren noch verharmlosen. Der öffentlich geführte Kulturkampf, mittels dessen die Gesellschaft als Ganzes auf Linie gebracht werden soll, ist nur eine Seite der Medaille. Hinzu kommen handfeste Angriffe auf demokratische Normen und Institutionen sowie die zunehmende Bedrohungslage und Gewalt gegen als Feinde der extremen Rechten markierte Menschen und Gruppen.

International verfolgen Autoritäre ein ähnliches Programm. Ihr Vorgehen wurde an verschiedenen Stellen in der Wissenschaft und von Thinktanks als autoritäres Playbook beschrieben. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was in anderen Ländern passiert, in denen die extreme Rechte bereits an der Macht ist, können wir uns auf den Fall vorbereiten, dass die AfD in Deutschland Regierungsverantwortung übernimmt und uns den auch heute schon beobachtbaren rechten Tendenzen besser entgegenstellen. Dazu führen wir zuerst kurz in das autoritäre Playbook ein, wie es sich international manifestiert.

¹ Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2019): Wie Demokratien sterben. München: Pantheon.

² Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2025b): Der Staat als Waffe. Trumps kompetitiver Autoritarismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (3/25), S. 47-58.

³ Applebaum, Anne (2022): Die Verlockung des Autoritären. München: Pantheon.

⁴ Protect Democracy (2022): The Authoritarian Playbook. Online verfügbar unter <https://protectdemocracy.org/wp-content/uploads/2024/03/The-Authoritarian-Playbook-Updated.pdf>, zuletzt geprüft am 11.07.2025.



Was ist das autoritäre Playbook?

Die extreme Rechte ist über nationale Grenzen hinweg sehr gut vernetzt. Wo sie regiert, lassen sich oft ähnliche Muster beobachten: Demokratie bricht nicht über Nacht zusammen und eine extrem rechte Machtübernahme mündet auch nicht gleich in einer Diktatur. Im Gegenteil: Vordergründig bleiben demokratische Prozesse und Institutionen oft bestehen. Parteien konkurrieren weiterhin miteinander und die Menschen können wählen gehen. Gleichzeitig verändern die Autoritären von rechts aber die Spielregeln. Das Wahlrecht und die Wahlkreise werden zugunsten des eigenen Machterhaltes angepasst oder die bürokratischen Hürden zur Teilnahme an Wahlen erhöht. Darüber hinaus unterlaufen autoritäre Regierungen die Gewaltenteilung zwischen Justiz, Regierung und Parlament und beschädigen damit die Demokratie. In manchen Fällen nutzen sie gar ihre Mehrheiten, um Verfassungen in ihrem Sinne anti-demokratisch zu reformieren.

Wissenschaftler*innen und Journalist*innen beschreiben solche Prozesse seit Jahrzehnten mit Blick auf Länder im Globalen Süden und des ehemaligen Ostblocks. Bereits im Zuge der ersten Regierung Trump wandten die beiden Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Ziblatt Lehren aus diesen Ländern auf die Entwicklungen in den USA an. In den Blättern für deutsche und internationale Politik griffen Steven Levitsky und Lucan Way ihre Überlegungen zum „kompetitiven Autoritarismus“ erneut auf. Sie nutzen den Begriff, um die zutiefst antidemokratischen Prozesse in den USA nach der Rückkehr von Trump zu fassen. Im Kern beschreiben sie, dass die Autoritären im Weißen Haus den Staat umfassend „als Waffe“ einsetzen. Ziel ist es, wie Anne Applebaum herausstellt, die eigene Macht zu sichern, Kritik zu unterdrücken und sich selbst zu bereichern. Ähnliches können wir auch in Ungarn, Polen, Italien oder den USA beobachten.

Die überparteiliche Non-Profit-Organisation Protect Democracy hat 2022 auf der Basis des Forschungsstands zu autoritären Prozessen weltweit sieben Merkmale eines Autoritären Playbooks herausgearbeitet. Wir fassen sie hier zusammen:

Politisierung unabhängiger Institutionen: Moderne Demokratien basieren auf einer überparteilichen Verwaltung und unabhängigen Justiz. Sie garantieren Gewaltenteilung und das Funktionieren des Gemeinwesens. Doch wenn diese Institutionen durch autoritäre Akteur*innen eingenommen und ideologisch durchdrungen werden, dann wird der Staat zur Waffe gegen politische Gegner*innen. Manipulation, Repression und Korruption gehören dann zu den prägenden Mitteln von Staatlichkeit.

Desinformation: Das Verbreiten von Desinformationen erfüllt zwei Funktionen: Einerseits sollen politische Gegner*innen gelähmt und die eigene Klientel mobilisiert werden, andererseits dient sie als Nebelkerze, um Machtmissbrauch oder gar eine Machtübernahme zu kaschieren. Um effektiv mit Desinformationen zu arbeiten, sind eigene Kommunikationskanäle zentral. Deshalb schaffen sich Autoritäre weltweit eigene Medien – primär online, aber auch als TV-Formate – und attackieren die unabhängige Presse.

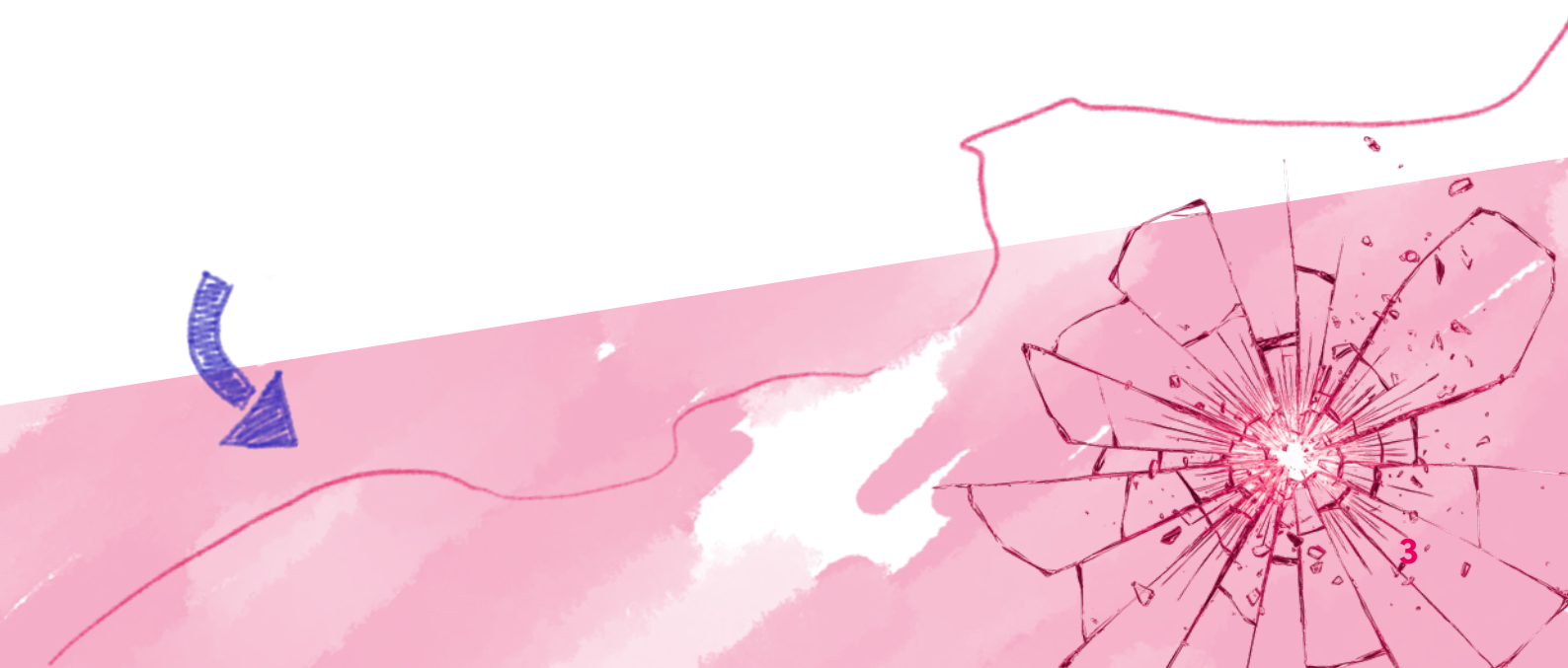
Ausweitung der Macht der Exekutive: Die Gewaltenteilung und damit die demokratische Absicherung von Entscheidungen durch die parlamentarischen Prozesse (Legislative) wird untergraben, ebenso die Prüfung von Entscheidungen durch Gerichte (Justiz). Macht wird einseitig auf der Seite der Regierung (Exekutive) gebündelt. Dies geschieht indes oftmals im Einklang mit einer Legislative, die sich bereitwillig selbst entmachtet.

Unterdrückung von Kritik und Widerspruch: Das Ziel besteht darin, die Opposition mithilfe staatlicher Verwaltung, Justiz und Sicherheitsapparaten zu schwächen sowie die kritische Presse einzuschüchtern oder gar zu beseitigen. Auch die kritische Zivilgesellschaft wird attackiert, indem ihr rechtlicher Status geschwächt und ihre Finanzierung erschwert wird. Angriffe erfolgen heute oftmals nicht durch unmittelbare Gewalt, sondern durch die Androhung von Klagen, Steuerprüfungen oder Shitstorms gegen Einzelpersonen.

Produktion von Sündenböcken und Identitätspolitik: Gezielt werden marginalisierte Gruppen zu Sündenböcken gemacht, wobei die Abgrenzung zur eigenen Identität stets zentral ist. Autoritäre Akteur*innen brauchen Feinde im Inneren sowie im Äußeren, um ihre Macht zu festigen. Dabei wird die liberale Demokratie in ihren Grundfesten angegriffen, denn der ihr innewohnende Schutz der Minderheiten wird im Namen eines vermeintlichen Volkswillens ausgehebelt. Betroffen sind etwa Migrant*innen, Menschen auf der Flucht, queere Personen, Frauen, von Armut Betroffene sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen. Diese Produktion der Anderen ist eng verknüpft mit der Markierung des eigenen Wirs – einer weißen, patriarchalen und christlichen Gesellschaft – und somit identitätspolitisch aufgeladen.

Manipulation von Wahlen: Oppositionelle Politiker*innen werden von Wahlen ausgeschlossen, Wahlbezirke neu gezogen, das Wahlrecht angepasst, Wähler*innen die Registrierung erschwert oder Wahlen gar in Gänze manipuliert. So wird die politische Macht auch jenseits gegebener Mehrheiten und im Zweifel auch über verfassungsmäßige Grenzen hinaus gesichert.

Schüren von Gewalt: Die Gesellschaft wird im Inneren durch die Ausweitung staatlicher Gewalt sowie die Legitimierung politischer Gewalt im Allgemeinen und im Äußeren durch militärische Interventionen brutalisiert.



Wie umgehen mit autoritären Kräften?

Acht Empfehlungen für die Zivilgesellschaft

Der Blick auf die Merkmale des autoritären Playbooks zeigt: Auch in Deutschland sind solche Prozesse längst im Gange. Wir erkennen sie eindeutig in der Programmatik der AfD, aber – wir müssen es so deutlich sagen – immer wieder auch im Handeln der Unionsparteien. Was können wir also tun, damit die demokratische Zivilgesellschaft wieder in die Offensive kommen kann? Zunächst: Demokrat*innen müssen voneinander lernen, mutig Strategien ausprobieren und die Dinge, die in anderen Ländern funktioniert haben, für ihren eigenen Kontext anpassen.

Wir haben die Schritte der extremen Rechten in Ungarn, Polen, Italien und den USA analysiert und möchten hier auf dieser Basis acht Empfehlungen für die demokratische Zivilgesellschaft in Deutschland formulieren. Sie können helfen, einen gemeinsamen Kompass im Kampf gegen die extreme Rechte zu entwickeln. Wir richten uns damit an die gesamte Breite der Zivilgesellschaft: an Menschen, die vor Ort in kleinen Vereinen aktiv sind, sowie an Personen, die in der Leitung großer NGOs oder in den strategischen Abteilungen von Parteien tätig sind. Die Vorschläge sind nicht abschließend. Wir hoffen, damit zur Diskussion anzuregen und einen Beitrag zur Formierung effektiver Gegenwehr zu leisten.

1. Die extreme Rechte beim Wort nehmen

Die extreme Rechte meint, was sie sagt. Erhält sie die Gelegenheit zu regieren, setzt sie ihre gut vorbereiteten Programme mit Nachdruck und Tempo durch. Die Angriffe auf Demokratie und Grundwerte sind dann umfassend. Bereits heute sind in vielen Ländern – auch in Deutschland – deutliche Verschiebungen nach rechtsaußen zu beobachten. Wir müssen die extreme Rechte beim Wort nehmen und alles daran setzen, dass sie nicht an die Macht kommt.

In den betrachteten Ländern ist deutlich zu sehen, dass autoritäre Parteien mit klar formulierten Programmen in die Wahlkämpfe ziehen. Einmal an der Macht, machen sie sich mit großem Tempo daran, ihre Programme wortwörtlich umzusetzen. Die extreme Rechte artikuliert sehr klar, was sie will und wie sie ihre Pläne umsetzen wird. Wir sehen: Es gibt keine Mäßigung im Amt – und darauf müssen wir uns vorbereiten. Die Lage wird dadurch erschwert, dass rechtsextreme Narrative und Praktiken auch in Ländern erstarken, in denen die extreme Rechte (noch) nicht an der Regierung ist. So gelingt es ihr auch in der Schweiz, Österreich und Deutschland, den Diskurs bereits jetzt maßgeblich zu gestalten.

Die extreme Rechte arbeitet daran, Gesellschaft als Ganzes zu durchdringen. Dafür versucht sie, die Grenzen des Sag- und Machbaren zu verschieben und ihre Ideologie zu normalisieren. Werden Narrative der extremen Rechten von politischen Konkurrent*innen – insbesondere sich radikalisierenden konservativen Parteien – aufgegriffen und wiederholt, dann gewinnt am Ende die extreme Rechte. Auf dem Feld rechtsextremer Themen, gibt es für Demokrat*innen kaum etwas zu gewinnen.

Hinzu kommt, dass die einmal beschworenen autoritären Geister nur sehr schwer wieder zu bändigen sind. In Ungarn und Polen konnten wir beobachten, dass extrem rechte Regierungen Platz für noch extremere Kräfte geschaffen haben. In beiden Ländern konnten im Fahrwasser der Regierungsparteien Fidesz und PiS noch rechtere Parteien mehrfach Erfolge erzielen.

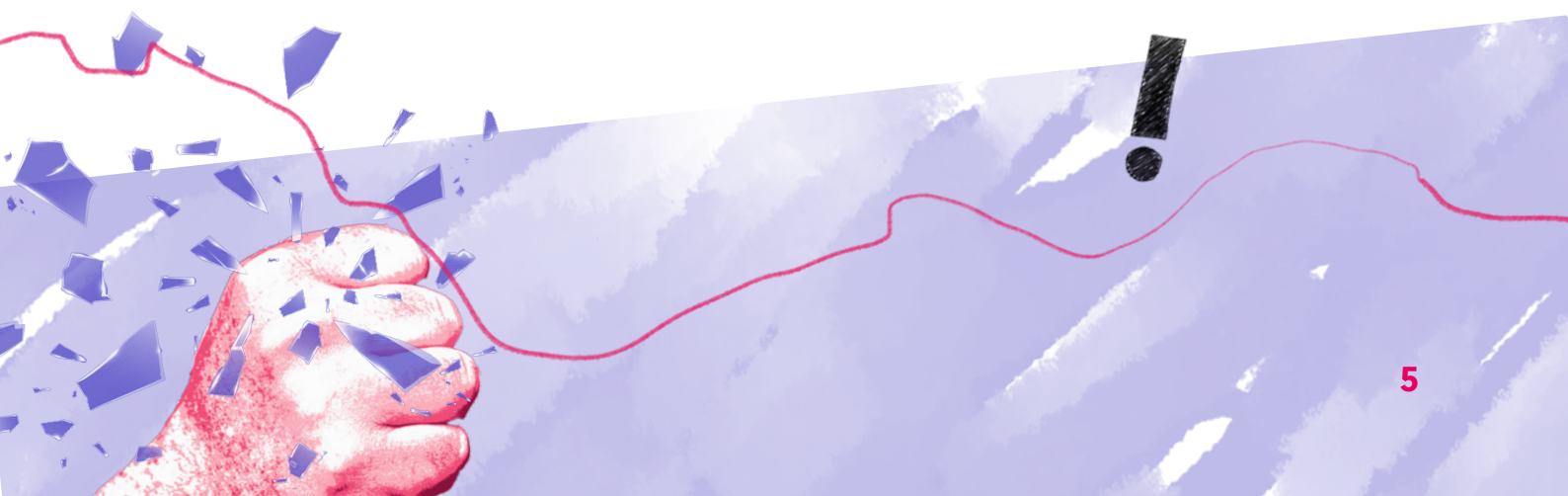
Deshalb müssen sich Demokrat*innen dem gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenstellen und dies auf einem selbst bestimmten Feld mit eigenen Themen. Dies gilt selbst dann, wenn die extreme Rechte noch nicht regiert und die demokratischen Institutionen noch wie gewohnt funktionieren. Nur so kann verhindert werden, dass sie an die Macht kommen. Auch demokratisch gewählte Rechtsextreme bleiben Rechtsextreme.

2. Die extreme Rechte hat klare Feindbilder – aber Angriffe können alle treffen

*Die extreme Rechte hat klare Feindbilder. Angriffe richten sich heute primär gegen Migrant*innen, People of Color, die LGBTIQ*-Community, Jüdinnen und Juden sowie Muslima und Muslime, von Armut Betroffene sowie politische Gegner*innen. Doch Attacken können alle treffen: die Zivilgesellschaft, Universitäten, Anwaltskanzleien, Richter*innen, die freie Presse – niemand kann sich sicher sein. Die Attacken führen nicht selten dazu, dass sich diejenigen, die können, konformistisch verhalten – zumal dies oft auch belohnt wird. Wegducken passiert aber immer zum Leidwesen jener, die das nicht können. Das bedeutet: Es braucht Standhaftigkeit, breite Allianzen und Solidarität.*

Die extreme Rechte führt einen Kulturkampf. Sie spaltet darüber die plurale Gesellschaft in ein homogenes und sicheres Wir und ein feindliches Außen – auf der einen Seite das ‚normale‘ Volk, auf der anderen Seite die bedrohlichen Anderen. Dafür formulieren sie politische Konflikte in Identitätsfragen um. Besonders präsent sind Angriffe auf Migrant*innen, queere Menschen und politische Gegner*innen. Ein öffentlich weitgehend unterschätztes Feindbild sind zudem von Armut Betroffene.

Indem die extreme Rechte gesellschaftliche Konflikte an Identität bindet, werden gesellschaftspolitische Themen zu moralischen Fragen umgedeutet und ideologisch aufgeladen: es geht nicht mehr um Einkommensgerechtigkeit, gute Bildung oder stabile Infrastruktur, sondern um die weiße Dominanz, die privilegierte Rolle als Mann in der Gesellschaft, oder um



Fleißig und Faul.

So erscheinen politische Fragestellungen dann als existenzielle Angriffe auf die eigene Persönlichkeit – aus der Frage nach nachhaltigem Konsum wird ein 'Verbot, Fleisch zu grillen', aus dem geforderten Verzicht auf diskriminierende Sprache wird 'Zensur'. Die 'Anderen' werden als Bedrohung und als unfaire Konkurrenz um knappe Ressourcen stilisiert.

Durch rhetorische Angriffe legitimiert die Regierung die Entrechtung dieser als ,anders' markierten Ziele, indem sie sie zum Beispiel als ,Ungeziefer' oder ,Terroristen' bezeichnet. Für die so gekennzeichneten ,Feinde des Volkes' bedeutet das eine Gefahr für ihre physische und psychische Sicherheit, wie etwa durch die Deklaration „LGBTIQ*-freier Zonen“ in Polen bis hin zu willkürlichen Verhaftungen von Migrant*innen durch ICE-Agent*innen in den USA.

Angriffe richten sich in den von uns betrachteten Ländern zunehmend, aber auch gegen Institutionen, die bisher als etabliert galten und die nicht damit gerechnet hatten, ins Fadenkreuz zu geraten. Dazu gehören etwa Kultureinrichtungen und Universitäten, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich überparteilich für Demokratie einsetzen sowie große Anwaltskanzleien oder Vereinigungen von Richter*innen. Deutlich wird: Niemand kann sich in Sicherheit wiegen.

Gleichzeitig führen die Angriffe, insbesondere auf Institutionen, die damit nicht gerechnet haben, zu einer Praxis der konformen Anpassung. Die Autoritären schaffen ein perfides System, in dem es für Einzelpersonen und Institutionen zumindest kurz- bis mittelfristig vorteilhafter erscheinen kann, sich wegzuducken. Der Vorteil: Gelder fließen weiter und man bleibt anerkannt. Dies aber immer nur so lange, bis die Autoritären sich anders entscheiden – Willkür gehört hier zum Repertoire der Macht.

Der Preis des Wegduckens ist aber gesellschaftlich auch dann hoch, wenn diese Strategie individuell aufgeht. Diejenigen, die sich aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer politischen Exponiertheit nicht anpassen können, bleiben allein zurück. Damit wird der Weg für eine weitere autoritäre Zuspitzung frei gemacht. Langfristig gibt es indes kein Entrinnen und keine Anpassung. Die extreme Rechte weitet ihre Feindbilder sukzessive und nach Belieben aus, weil sie ohne Feinde nicht existieren kann.

Darum ist es wichtig, dass demokratische Akteur*innen sich untereinander in breiten Allianzen solidarisieren und sich rechten Angriffen gemeinsam widersetzen, auch wenn sie noch nicht selbst betroffen sind. Dies gilt auch dann, wenn Anpassung die vermeintlich einfache Lösung darstellt. An einzelnen Akteur*innen ein Exempel zu statuieren ist deutlich einfacher, als sich gegen eine organisierte Gruppe zu stellen. Protest oder gar Widerstand ist also leichter möglich, wenn sich alle früh klar machen, dass es auch sie treffen kann und sich darum mit den schon jetzt exponierten Teilen der demokratischen Gesellschaft solidarisieren.

3. Staatliche Institutionen schützen – Personal stärken

Je besser die unabhängigen Institutionen des Staates und die Verwaltung rechtlich geschützt sind, desto eher halten sie gegen die autoritäre Zurichtung stand. Jedoch ist jedes Recht und jedes Regelsystem nur so gut, wie die Angestellten in den Institutionen bereit sind, für dieses Recht auch einzustehen. Die rechtliche und individuelle Ebene muss gestärkt werden – das ist die Aufgabe von Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden.

Autoritäre Parteien machen den Staat und seine Institutionen zur Waffe gegen die politische und zivilgesellschaftliche Opposition. Dazu bauen sie die Justiz um, politisieren Behörden und Beamt*innen und ändern, falls möglich, die Verfassung. Gleichzeitig werden Kontrollmechanismen abgebaut, die vor Korruption, Vetternwirtschaft und der Selbstbereicherung loyaler Netzwerke schützen.

Die Justiz- und Föderalismus-Reformvorhaben der Meloni-Regierung in Italien, aber auch frühe Großreformen der Justiz, im Mediensektor und Beamtentum der ungarischen und polnischen Regierung zeigen, dass diese institutionellen Umbauten schnell und sehr umfassend sein können. Darum ist es notwendig, die deutschen Institutionen schon jetzt so gut es geht gegen diese Attacks zu schützen.

Je umfassender staatliche Institutionen vor Politisierung geschützt sind, desto länger kann sich die Demokratie auch gegen autoritäre Regierungen behaupten. Dazu gehört auch, die Menschen zu stärken, die in der öffentlichen Verwaltung arbeiten und die die illiberalen Reformen der extremen Rechten umsetzen sollen. Damit sie standhaft bleiben und ihre Arbeit auch unter erschwerten Bedingungen klar nach den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausüben können, brauchen sie Unterstützung und Schutz. Das ist die eindeutige Aufgabe von demokratischen Parteien in Parlamenten sowie von Berufsverbänden und Gewerkschaften.

Welcher Arbeitsauftrag daraus für die demokratischen Parteien folgt zeigen etwa die Recherchen des Thüringen-Projekts: Das Team hat analysiert, wo rechte Angriffe am ehesten zu erwarten sind – und was notwendig ist, um Rechtslücken zu schließen: Sie schlagen zum Beispiel vor, den Verfassungsgerichtshof zu stärken und die Landeszentrale für politische Bildung gesetzlich zu verankern, damit sie von einer potentiellen AfD-Regierung nicht abgeschafft werden kann.⁵

Diese Präventionsarbeit braucht es auf allen politischen Ebenen, von der Kommunen, über die Länder bis hin zum Bund, und ihre Ergebnisse sollten, wo möglich, von der Politik zügig umgesetzt werden. Außerdem braucht es vergleichbare klare und konkrete Handlungsanleitungen für Berufsverbände und Gewerkschaften.

⁵ Beck, Hannah; Jaschinski, Jannik; Kordt, Klemens; Müller-Elmau, Marie; Talg, Juliana (2024): Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des ThüringenProjekts. Online verfügbar unter https://verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2025/05/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf, zuletzt geprüft am 12.9.2025.

4. Jede Position, die verteidigt wird, zählt!

Der autoritäre Umbau zielt auf die Durchdringung der gesamten Gesellschaft ab. Deshalb ist jede Institution und jeder Ort, der verteidigt wird, wichtig, um diesen Prozess zu verlangsamen und Widerspruch zu organisieren. Die extreme Rechte ist auf vielen Feldern aktiv: im Parlament, vor Ort, im Verein. Das heißt aber auch: Wir alle können genau dort aktiv werden, wo wir uns bewegen – bei der Arbeit, in der Schule, im Sport- oder Forschungsverein, im Stadtteil oder Dorf. Dabei gilt es, auf die eigenen emotionalen Grenzen zu achten – niemand sollte sich übernehmen. Der Kampf gegen die extreme Rechte ist ein Marathon und kein Sprint.

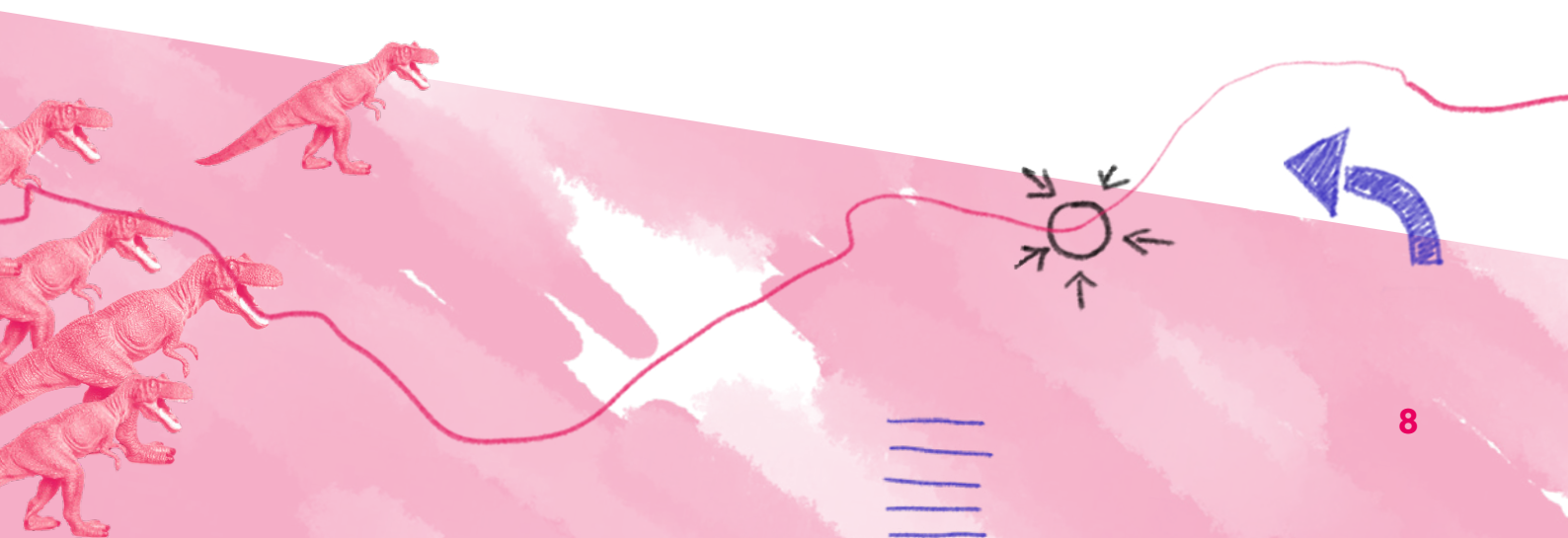
Wenn es hart auf hart kommt, dann kommt es auf jede Auseinandersetzung an, das lernen wir aus Ungarn, Polen, Italien oder den USA. Das heißt nicht, dass wir alle Auseinandersetzungen führen sollen, dafür fehlt es oft an Kapazitäten, aber jede Institution, jedes Gericht, jede Verwaltungseinheit, jeder Verein, jede Schule, die sich den autoritären Prozessen verweigert und widersetzt, ist wichtig.

Ob Haupt- oder Ehrenamt, ob Gespräche am Stammtisch oder Mitarbeit in einer Kirchengemeinde oder Gewerkschaft: Jedes Engagement zählt! Dort werden die autoritären Prozesse verlangsamt und sie dienen im besten Fall als Keimzelle für die Organisation von Protest.⁶ Gleichzeitig sehen wir, dass Strukturen, wenn sie erst einmal von extrem rechten Regierungen besetzt wurden, langfristig gegen demokratische Akteur*innen wirken – selbst, wenn diese Regierungen abgewählt werden.

Am Beispiel Polens lernen wir, wie schwer die Rückabwicklung autoritärer Gesetzesveränderung ist. Darum kommt es auf jede Verfassungsänderung, jede Reform und jede Verordnung an, die die neuen Autoritären nicht umsetzen können. Wo immer möglich, sollten kreative Lösungen gefunden werden, um demokratische Räume und Strukturen offen zu halten.

Wie wichtig das ist, zeigt der CSD in Budapest 2025, der zu einem Symbol des Widerstands gegen die Regierung Viktor Orbáns werden konnte, weil einerseits, zahlreiche Unterstützer*innen aus anderen Ländern anreisten, andererseits aber auch, weil der Budapester Bürgermeister bereit war, die verbotene Veranstaltung kurzerhand als städtisches Fest anzumelden.

⁶ vgl. hierzu auch Semsrott, Arne (2024): Machtübernahme. München: Droemer Knaur.



Die Angriffe der extremen Rechten abzuwehren und aktiv für eine demokratische Zukunft zu kämpfen, ist anstrengend und kräftezehrend. Dabei ist es wichtig, auf individuelle Grenzen und Bedürfnisse zu achten. Gleichzeitig wird diese Auseinandersetzung nicht schnell zu gewinnen sein, wir müssen also mit unseren Kräften haushalten, um dauerhaft engagiert bleiben zu können. Dazu gehört auch, sich eigene Netzwerke zu schaffen, die emotionale Sicherheit und sozialen Halt geben und aus denen wir Kraft schöpfen können.

5. Eigene Themen setzen – nicht allein den Status Quo verteidigen

Im Kampf gegen die extreme Rechte darf sich eine progressive, demokratische Zivilgesellschaft nicht darauf beschränken, allein den Status Quo zu verteidigen, auch wenn dies immer wieder geboten ist. Es gilt vielmehr, eigene Vorstellungen und Visionen offensiv zu vertreten. Dies betrifft beispielsweise Fragen der demokratischen Teilhabe, der sozialen Gerechtigkeit oder nach ökologischen Zukunftsvorstellungen. Mit eigenen Themen können wir in die Offensive kommen, denn auf dem politischen Feld der extremen Rechten gibt es nichts zu gewinnen!

Die extreme Rechte gewinnt heute nicht zuletzt aufgrund der verbreiteten Frustration in der Gesellschaft und des Mangels an wahrnehmbar diskutierten Perspektiven für eine gute Zukunft für Alle. Es dominiert der Wunsch, das Erreichte zu bewahren und Privilegien zu sichern. Hier können wir ansetzen.

Demokratischen Defizite, wie mangelnde Beteiligung, Repräsentationslücken oder fehlende politische Selbstwirksamkeit, werden von den Bürger*innen deutlich wahrgenommen.⁷ Das Unbehagen gegenüber der Funktionsweise der Demokratie wird von der extremen Rechten instrumentalisiert, um Wähler*innen auf ihre Seite zu ziehen. Als demokratische Zivilgesellschaft müssen wir uns die Demokratie wieder aneignen. Das bedeutet, dass wir nicht nur die bestehende Demokratie bewahren, sondern auch an ihrer Ausweitung arbeiten.

Die extreme Rechte behauptet, im Namen der Demokratie das Volk zu vertreten. Demokratie bedeutet jedoch Auseinandersetzung, Kritik und Teilhabe – all das ist in einem autoritären System aber nicht mehr möglich. Demokratie muss offen sein für alle, die sich einbringen wollen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrem Alter. Dafür lohnt es sich einzustehen. Es gibt bereits zahlreiche Ansätze und Initiativen, die genau das versuchen. Diese müssen wir stärker sichtbar machen und anhand konkreter Projekte zeigen, wie demokratisches Mitgestalten gelingen kann.

Zukunftssorgen basieren oft auf der Angst vor ökonomischem Abstieg. Soziale Gerechtigkeit ist eine Antwort auf diese Angst, die rechten Narrativen entgegensteht. Dies darf aber nicht abstrakt bleiben. Projekte sollten vor Ort spürbare Wirkung entfalten, etwa durch gerechte

⁷ Zick, Andreas, Beate Küpper und Nico Migros (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023. Online abrufbar unter: <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> . S. 102 ff.

Besteuerung, bezahlbare Mieten, Zugang zu guter Bildung, Ganztagsbetreuung in sanierten Schulen oder einen bezahlbaren ÖPNV. Die Liste der Dinge ist lang, und auch hier engagieren sich bereits viele.

Aber Achtung: Werden Projekte erfolgreich, dann wird die extreme Rechte sie vehement angreifen, wie sie es mit der Klimabewegung und den Grünen ab 2021 getan hat. Auf erfolgreiche Gegenwehr reagiert die extreme Rechte mittels Hetzkampagnen: Angriffe und Diffamierungen werden weiter zunehmen.

Damit progressive Projekte erfolgreich sein können, muss auch der praktische Nutzen von Grund- und Menschenrechten für alle hervorgehoben werden. Es ist in unser aller Interesse, dass Rechtsstaatlichkeit herrscht und nicht die Stärkeren sich einfach durchsetzen. Wir alle haben ein Interesse daran, dass Minderheiten frei und ohne Angst politisch aktiv sein können und dass wir vor Willkür geschützt sind. Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Sie zu kritisieren und zu überwinden, ist ein legitimes Anliegen.

Wir dürfen uns also nicht an die Normalisierung rechter Narrative gewöhnen und sollten trotz des sich wandelnden gesellschaftlichen Klimas nicht aufhören, Werte offensiv zu verteidigen und vor allem an ihrer progressiven Erweiterung zu arbeiten.

6. Gemeinsam sind wir stärker

Die demokratische Zivilgesellschaft ist das Rückgrat der Demokratie, aber alleine kann sie den Kampf gegen die extreme Rechte nicht gewinnen. Demokratische Parteien müssen die Mittel des wehrhaften Staates gegen die Angriffe der Autoritären nutzen, solange es noch geht. Es gilt, tragfähige Bündnisse zu schaffen, in denen wir über Differenzen hinweg handeln können.

Eine breit aufgestellte und vielfältige demokratische Zivilgesellschaft bedeutet, dass Demokratie auch vor Ort gelebt und erfahren wird – aber um wirklich handlungsfähig gegen das Erstarken der extremen Rechten zu sein, braucht es auch starke demokratische Parteien an ihrer Seite. Demokratisches Engagement muss geschützt und nicht wie allzu oft unter Generalverdacht gestellt werden. Zivilgesellschaft soll und darf politisch sein.

Der Blick auf die US-Demokraten unter der zweiten Trump-Regierung zeigt: „Wenn die Opposition sich tot stellt, gewinnt in der Regel die Regierung. Die Duldsamkeit der prominentesten Anführer unserer Zivilgesellschaft sendet eine zutiefst demoralisierende Botschaft: Sie sagt den US-Amerikanern, dass die Demokratie es nicht wert sei, verteidigt zu werden – oder dass Widerstand zwecklos sei“.

⁹ Von Storch, Beatrix (2025): Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung. Online verfügbar unter https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/1VR9r0oN9wXMYdPIVKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf, zuletzt geprüft am 11.09.2025.

Darum muss die demokratische Zivilgesellschaft die Parteien von Union bis Linke immer wieder in die Pflicht nehmen: Zivilgesellschaft kann viel leisten, aber sie darf in diesem Kampf nicht alleingelassen werden. Hier muss der wehrhafte Staat seine Handlungsfähigkeit beweisen und sämtliche Mittel nutzen, um die autoritären Angriffe von Rechts abzuwehren und dabei den Versuchungen widerstehen, selbst autoritäre Kontrollmechanismen einzuführen.

Ein gemeinsames Vorgehen demokratischer Kräfte ist gerade deshalb geboten, weil das Säen von Dissens und Zwietracht zum Repertoire der extremen Rechten gehört. Die AfD sagt es deutlich: das demokratische Lager zu spalten ist ihr Ziel.⁹ Dem dürfen wir nicht nachgeben! Als demokratische Zivilgesellschaft müssen wir Bündnisse schaffen, in denen wir unsere Kräfte für die öffentliche Auseinandersetzung bündeln.

Neben den ‚üblichen Verdächtigen‘ in der NGO-Landschaft, die schon seit Jahren kooperieren, braucht es hierzu auch neue Bündnispartner*innen aus anderen Spektren der organisierten Zivilgesellschaft und demokratischen Institutionen. Von Gewerkschaften über Umwelt- und Sozialverbände, Kirchen, Universitäten, Kultureinrichtungen, Anwält*innen, Sportvereine und alle demokratischen Parteien, bis hin zu lokalen Demokratieinitiativen – nur gemeinsam können wir der extremen Rechten wirkungsvoll entgegentreten.

Dazu braucht es Offenheit und Flexibilität bei der Ausarbeitung gemeinsamer Positionen sowie klare Regeln für den Umgang mit Streitpunkten – ohne dabei die eigenen Grundwerte aus den Augen zu verlieren. Dieser Balanceakt ist nicht einfach. Pragmatismus in Bündnisrelationen ist ein Privileg, das für manche Organisationen und Individuen leichter zu realisieren ist als für andere. Für Akteur*innen aus marginalisierten Gruppen können solche Allianzen bedeuten, sich aus wichtigen Schutzzräumen herauszubeben. Das ist nicht einfach und auch nicht immer möglich. Trotzdem sollte eine pragmatische Bündnisarbeit versucht werden. Das bedeutet, dass Konservative den Kulturkampf an der Seite der extremen Rechten beenden und dass Progressive trotz allem Allianzen eingehen, in denen gemeinsame Lernprozesse unter Demokrat*innen möglich werden.

7. Langfristig handlungsfähig bleiben

Die demokratische Zivilgesellschaft steht in Deutschland bereits heute unter Druck. Organisationen und Strukturen, die staatliche Förderung erhalten, sollten sich darum darauf vorbereiten, mit weniger öffentlichen Geldern arbeitsfähig zu bleiben. Das heißt konkret: Strukturen sichern, alternative Finanzierungen anstreben und Prioritäten setzen. Für die langfristige Handlungsfähigkeit sind sichere Räume für Treffen und gemeinsame Arbeit zentral. Kontinuierliche Arbeit schafft Potenzial, um dann, wenn sich die Möglichkeit bietet, bereit zu sein und Ereignisse zum Vorteil demokratischer Bewegungen zu nutzen.

Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft beginnen nicht erst, wenn die extreme Rechte an die Macht kommt. Meist wirken delegitimierende Narrative bereits viel früher. So auch in Deutschland, wo die AfD die Angriffe zwar stark forciert, aber auch aus den Unionsparteien

heraus immer wieder Negativstimmung erzeugt wird oder gar gemeinsam mit der AfD Gelder für Demokratieprojekte gekürzt werden. Darum ist es wichtig, dass die demokratische Zivilgesellschaft um die eigene staatliche Förderung in ideeller und finanzieller Hinsicht kämpft. Gleichzeitig gilt es, sich auf den Fall vorzubereiten, dass Gelder weiter gekürzt werden. Im Ernstfall müssen demokratisch Engagierte auch ohne staatliche Unterstützung handlungsfähig sein. Dafür gilt es Prioritäten vorzustrukturieren: Wofür wird Geld, wenn es ernst wird, aufgebracht, auf was muss verzichtet werden? Ad hoc-Entscheidungen sollten vermieden werden. Klar ist, dass gerade physische Räume, um sich zu treffen und auszutauschen, unerlässlich sind, um Strukturen zu erhalten.

Da kein Demokratiefördergesetz verabschiedet wurde – und unter der Regierung Merz auch nicht kommen wird – bleibt die Situation für viele Organisationen prekär. Eine resiliente und handlungsfähige Zivilgesellschaft muss sich darum breiter aufstellen, was Finanzierung und organisatorische Unterstützung angeht. Hierbei können und müssen Stiftungen und privatwirtschaftliche Akteur*innen stärker in die Pflicht genommen werden.

Insbesondere Unternehmen sind hier von kritischer Bedeutung: Einerseits liegt es in ihrem Interesse, in strukturstarken Regionen mit gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen und hoher Lebensqualität zu operieren. Andererseits zeigt sich – momentan besonders ausgeprägt in den USA –, dass Unternehmen vor Regierungen einknicken und vorherige Bekenntnisse zu Vielfalt und Toleranz wieder abwickeln, wenn sie selbst bedroht werden. Darum sollten hier frühzeitig Verbindungen aufgebaut und gepflegt und Unternehmer*innen in ihrem Engagement für eine liberale und offene Gesellschaft bestärkt werden.

Kontinuierlich arbeitende Organisationen und Bündnisse erlauben es, politische Möglichkeitsfenster zu nutzen. Das ist besonders wichtig, weil sich auch in Zeiten des autoritären Umbaus immer wieder solche Fenster öffnen, in denen es Chancen für Widerstand und Engagement gibt. Protestbewegungen entbrennen immer wieder ohne dass sie vorhersehbar gewesen wären, an manchmal auch verhältnismäßig kleinen Ereignissen, dafür haben wir in den vergangenen Jahren – auch in Deutschland – Beispiele gesehen:

So kam es etwa im Hambacher Forst oder in Lützerath zu entschiedenen Protesten, die die Klimabewegung in den Fokus der Öffentlichkeit rückten. Auch die Massendemonstrationen im Anschluss an die Correctiv-Recherchen machten ein gesellschaftliches Momentum sichtbar. Ähnliches sehen wir auch im internationalen Kontext: Der Arabische Frühling brach auf, weil ein einzelner politischer Selbstmord, den Unmut zum Überlauf brachte; im Iran gingen die Menschen nach dem Mord an Jina Mahsa Amini durch die Sittenpolizei auf die Straße; in Polen waren es die Angriffe auch Frauenrechte, die viele mobilisierte.

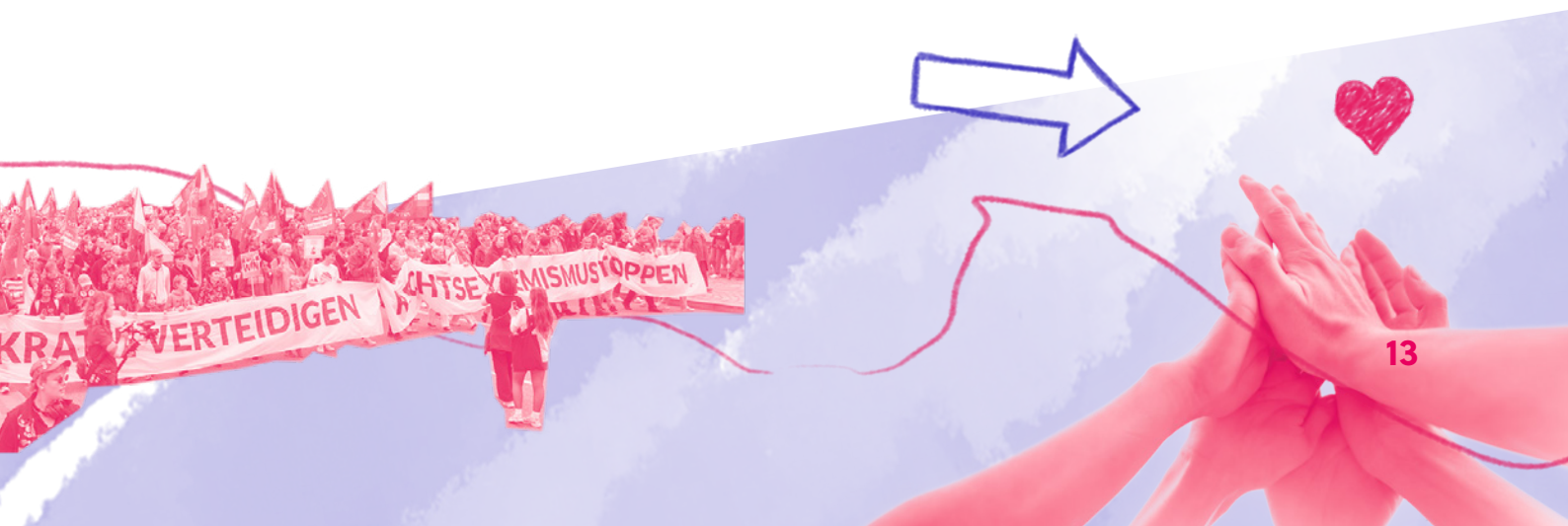
Um diese Momente nicht zu verpassen, müssen wir auch unter widrigen Bedingungen kontinuierlich arbeitsfähig sein. Gleichzeitig bedeutet das realistisch, dass wir nicht immer überall mit voller Energie aktiv sein können, sondern strategisch entscheiden müssen, wo wir unsere Kräfte bündeln.

8. Erfolge sind möglich – feiern wir sie

Erfolge feiern – auch die kleinen. Aufeinander achten. Es braucht Räume für Freude, Tränen und Emotionen, in denen neben den schönen Momenten auch Frust, Angst und Wut bearbeitet werden können. So bleiben wir handlungsfähig.

Angesichts der aktuellen Wahlumfragen und den Angriffen auf die demokratische Zivilgesellschaft ist es manchmal schwer, die Kraft zum Weitermachen zu behalten. Ohne Orte, wo auch mal geweint, gelacht und sich gegenseitig Schutz zugesichert wird, wird der Atem nicht lange genug anhalten. Umso wichtiger ist es, Erfolge bewusst wahrzunehmen und zu feiern – wie klein sie auch zunächst scheinen mögen, sie sind möglich!

Das zeigt etwa der Wahlsieg des grünen Gergely Karácsony, der 2019 trotz eines manipulierten Wahlsystems und strukturellen Angriffen auf die Opposition die Wahl zum Bürgermeister von Budapest gegen den langjährigen Fidesz-Amtsinhaber gewann. Oder die Massenproteste in Polen, die 2023 dazu beitrugen, dass die PiS-Regierung nach acht Jahren abgewählt wurde. Donald Trump wurde nach seiner ersten Amtszeit wieder abgewählt, ebenso Jair Bolsonaro in Brasilien. Auch in autoritär regierten Ländern können Räume für demokratische Politik geöffnet werden – und wenn das passiert, sollten wir das auch klar als Erfolg benennen und daraus Kraft ziehen, um weiterzumachen.



Impressum

CAMPACT!
Bewegt Politik



Der TTRex arbeitet daran, dass das Wissen über das Erstarken der extremen Rechten seinen Weg von der Forschung zu den Menschen findet, die sich unermüdlich für den Schutz unserer Demokratie einsetzen. Darum bringen wir Forscher*innen und Engagierte zusammen und machen wissenschaftliche Arbeiten für die Zivilgesellschaft zugänglich. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht fundierte Daten und Fakten, um Ressourcen wirksam einzusetzen und dem Rechtsruck Aktivitäten entgegenzustellen, die demokratische Räume und ein respektvolles Miteinander stärken. Unser Ziel: Eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft, in der sich Menschen aktiv für unsere Demokratie einsetzen – und dabei die aktuellste Forschung an ihrer Seite wissen.



@compact.de



Compact e.V.



@compact.bsky.social

www.compact.de
www.ttrex.de
ttrex@compact.de

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des TTRex auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. © Compact, 2025

Veröffentlicht im Oktober 2025

V.i.s.d.P. Felix Kolb, C/o Friedrichstr. 155, 10117 Berlin

Autor*innen: Victoria Gulde, Dr. Daniel Mullis

Wir bedanken uns bei Madeleine Henfling, Dr. Felix Kolb und Dr. Ella Müller für wichtige und hilfreiche Anmerkungen sowie anregende Diskussionen.

Satz und Gestaltung: Jenny Harbauer

